

---

# Chancen und Risiken von Liquid Democracy für die politische Kommunikation

Oskar Brabanski und Matthias Kettner

---

## 1 Einleitung

Die Demokratie hat gewiss viele Probleme (Hadenius 1997; Crouch 2008), aber das größte könnte schlicht das zunehmende Desinteresse an ihr sein. Nicht etwa nur der oft beklagte mangelnde Sachverstand der Politiker, sondern das schwindende, nicht mehr ernsthafte Beteiligungs- und Kontrollinteresse der überwältigenden Mehrheit der Staatsbürger, die „einfach gut regiert“ werden wollen, aber auf keine Weise selbst mitregieren wollen, ist offenbar ein Fundamentalproblem heutiger Demokratie. „Weil Kommunikation untrennbar mit dem Menschen verbunden ist, bringt ein Wandel in den medialen Grundlagen von Kommunikation immer auch einen Wandel von sozialen Formen und Praktiken mit sich“ (Schmidt 2011). Dieser Grundsatz, der Kulturtheorie und Medientheorie verknüpft, gilt offensichtlich für alle bisherigen medialen kulturellen Errungenschaften, vom Buchdruck bis zu einer ausdifferenzierten Presse. Der Grundsatz reicht auch in die politische Theorie hinein: Jede konkrete Gestalt von Demokratie hat eine „mediale Grundlage“ (Kettner 1998: 49).

Während die netzbasierten Medienpraktiken sich rasant verändern, wachsen Zweifel, ob die medialen Grundlagen der repräsentativen parlamentarischen Demokratie so mithalten, wie sie es müssten, um die Attraktivität des Geists der Demokratie auch unter Bedingungen der digitalen Moderne zu erhalten. Zeitung, Radio, Fernsehen, waren die Leitmedien der öffentlichen Sphäre (Habermas 1989: 105) vor der Erfindung, Verbreitung und Normalisierung netzbasierter Kommunikationspraktiken. Mittlerweile stellt das Web 2.0 in einer sich wandelnden Öffentlichkeit eine eigene, neue öffentliche Sphäre dar (York 2011), in der weltweite Kommunikation in einer Vielzahl von vormals undenkbar gewesenen Formen real geworden ist und ständig „Überschüsse“ (Baecker 2013: 257-273) der Sinnbildung erzeugt, die die moderne Gesellschaft unter Stress setzen. Auch die Praxis unseres

demokratischen politischen Systems steht unter Anpassungsdruck an die neue Unübersichtlichkeit der netzbasierten Kommunikationsverhältnisse.

---

## 2 Liquid Democracy als Verein, Code und Konzept

Dass die politischen Entscheidungsprozesse einer repräsentativen Demokratie derzeit noch nicht angemessen reagieren auf den technologischen Fortschritt der Kommunikation sowie auf die zunehmende Ausdifferenzierung unterschiedlicher Lebensentwürfe, ist ein Grundgedanke von „Liquid Democracy“. Mit diesem Stichwort verbinden sich derzeit unter Internet affinen Bürgern starke Hoffnungen auf die fällige Modernisierung demokratischer Kommunikation. Politische Beteiligung sollte nicht nur in einem vierjährigen Wahlturnus möglich sein, sondern zeit- und ortsunabhängig. Zudem soll sich jede Bürgerin und jeder Bürger in von ihm oder ihr persönlich gewünschtem Maße einbringen können – zu allen Themen, die für die jeweilige Person von Interesse sind. Zum ersten Mal in der Geschichte der Demokratie gibt es durch Onlinekommunikation die Möglichkeit, massenskaliert und ortsungebunden miteinander zu kommunizieren.

Das Konzept der Liquid Democracy steht der Theorie der diskursiven, deliberativen Demokratie nahe. In Anlehnung an Jürgen Habermas (Habermas 1991; Habermas 1992) und Joshua Cohen (Cohen 1996; Cohen 1997) erfüllt der Diskurs eine signifikante Funktion der zentralen Meinungsbildung. Auf Basis einer herrschaftsfreien Kommunikation soll nach Habermas ein Konsens – ein miteinander geteiltes rechtgebendes Zustimmung (Kettner 2008) – hergestellt werden, indem mündige Bürger herrschaftsfrei miteinander diskutieren, also in den Diskurs treten. Dabei setzt sich das beste Argument durch. Ist im traditionellen, liberalen Modell der Öffentlichkeit Kommunikation immer ein Repräsentationsmodell, das eine Spiegelung der vorhandenen Akteurs- und Meinungsvielfalt darstellt und eher der Transparenz verpflichtet ist, ist das deliberative Modell im Gegensatz dazu ein Partizipationsmodell, welches einen Konsens oder eine argumentativ gestützte Mehrheitsmeinung zum Ziel hat und alle gesellschaftlichen Akteure in einen Diskurs auf Augenhöhe einbindet (Peters 2007: 188). Wie dieser Diskurs online am besten funktionieren soll, fasst Cohen (2009) treffend in vier Kriterien für eine erfolgreiche Onlinebeteiligung zusammen: Ein demokratischer politischer Diskurs sollte „deliberativ“, also möglichst weitgehend durch vernünftige Überlegungen geleitet sein; er sollte einen gleichen und möglichst hürdenlosen Zugang bieten; er sollte allen Bürgern, die sich beteiligen, gleiche Möglichkeiten der Mitgestaltung der

öffentlichen Meinung geben und in diesem Sinne „herrschaftsfrei“ sein; und er sollte es den Beteiligten erlauben, auf Informationen von hoher Qualität zurückgreifen.

Daniel Reichert hat zuerst im Jahr 2009 auf dem Kongress des Chaos Computer Club in einem Vortrag das Konzept einer „liquiden“ Demokratie vorgestellt. Sein Vortrag trug den Untertitel: „Direkter Parlamentarismus. Gemeinsam verbindlich entscheiden“. Reichert meinte, jeder Bürger solle theoretisch zu jedem Thema seine Stimme abgeben oder delegieren können, auch zu bundespolitischen Fragen, und die Meinung später auch jederzeit wieder ändern können. Alles solle ins Fließen kommen. „Der Prozess der Politik muss geöffnet werden“. Auf der Basis dieser Gedanken wurde im Jahre 2009 der Verein *Liquid Democracy e. V.* gegründet, dessen Ziel es ist, online einen herrschaftsfreien Diskursraum zu ermöglichen, der in der Anwendung auf und innerhalb demokratischer Governance-Strukturen im Prinzip allen Betroffenen ermöglicht, sich stärker an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, als es unter den derzeit verfügbaren alternativen Formen politischer Kommunikation möglich ist.

Zur Realisierung dieser Ziele hat der Liquid Democracy e. V. mit *adhocracy* eine open-source basierte Software entwickelt. In einem diskursbasierten Verfahren, in dem Nutzer Vorschläge einbringen, kommentieren und bewerten können, wird die Annäherung an Idealvorstellungen Deliberativer Demokratie versucht. Zusätzlich bietet die Software jedem Nutzer die Möglichkeit, eine bestimmte Stufe der Partizipation zu wählen: Man kann sich über vorhandene Vorschläge entweder nur informieren oder sie auch unterstützen und schließlich über sie abstimmen, seine Stimme an eine Person delegieren, der man eine größere Expertise in einem bestimmten Bereich zutraut, man kann eigene Vorschläge einbringen und an anderen Vorschlägen mitarbeiten oder sich selbst als Delegierter zur Verfügung stellen (Paetsch, Reichert 2012: 20). Im Menü der Partizipationsstufen ist das sogenannte *delegated voting* eine wesentliche Bereicherung: Stimmen können an andere Akteure delegiert werden, die wiederum weiterdelegieren können.

Machen wir uns die charakteristischen Merkmale des Konzepts einer „verflüssigten“ Demokratie noch einmal klar, dessen Einlösung die verschiedenen in Entwicklung begriffenen Softwarelösungen anstreben. Das wichtigste Merkmal ist der dynamische Wechsel zwischen Repräsentation und direkter Beteiligung. Das Wichtigste Liquidum ist also der Wechsel zwischen direkter und repräsentativer Demokratie – dieser ist mit digitalen Hilfsmitteln zu verflüssigen. Im Werbevideo für Liquid Democracy e. V. klingt diese wie eine nostalgische Erinnerung aus der Zukunft: „Durch den Computer könnten wieder alle Bürger an den Gesetzen mitarbeiten, wie damals auf dem Hügel“. Paetsch und Reichert (2012) geben eine pointierte Beschreibung dieses Merkmals:

„Mit Delegated Voting wird die Idee des transitiven Wählens (Delegation über mehrere Stufen) bezeichnet, die Lewis Carroll erstmals 1884 beschrieb. Zusätzlich zur Übertragung der eigenen Stimme an jemand anderen (sog. Proxy-Voting) ist hier auch die Möglichkeit vorgesehen, dass der Delegierte die an ihn delegierten Stimmen weiterreichen kann. Populär wurde dieses Prinzip in den letzten Jahren, da es, in Software umgesetzt, erstmals Beteiligungsprozesse mit vielen Menschen zulässt. Grundsätzlich erlaubt dieser Mechanismus dem Teilnehmenden zu wählen, ob er selbst abstimmen bzw. an einem Antrag selbst mitarbeiten möchte oder ob er seine Stimme an einen Repräsentanten oder eine Repräsentantin delegiert. Innerhalb des so entstehenden Kontinuums zwischen Repräsentation auf der einen und direkter Beteiligung auf der anderen Seite hat der Einzelne die Möglichkeit sich dynamisch (fließend) zu bewegen.“

Sie verschweigen auch nicht die schwierigen, nicht einfach technisch zu lösenden Probleme, die sich aus diesem Zentralmerkmal ergeben:

„Aus globalen, d. h. unbegrenzten Delegationen resultierende Probleme sind u. a. eine Konzentration von Macht auf wenige Delegierte sowie das Entstehen von Zielkonflikten durch die Unterstützung widersprüchlicher Ziele. Um dieser Problematik entgegenzuwirken ist eine Beschränkung der Delegation auf ein genau definiertes politisches Ziel notwendig. Daraus konstituiert sich ein zweistufiger Ablauf, in dem sich der Teilnehmende in einem ersten Schritt entscheidet, welche Ziele aus seiner Sicht erreicht werden sollen; beispielsweise die Einführung eines Mindestlohns oder die Gestaltung einer fahrradfreundlichen Stadt. Erst in einem zweiten Schritt eröffnet sich für jedes unterstützte Ziel die Möglichkeit einen Delegierten zu bestimmen, der stellvertretend Einfluss auf die Antragsentwicklung nimmt. Der dem Delegierten übertragene Auftrag ist dadurch eindeutig definiert und beschränkt sich auf eine konkrete Ausgestaltung zur Erreichung des vorab definierten politischen Ziels. Die Rolle des Delegierten steht jedem Bürger und jeder Bürgerin frei, d. h. durch besonderes Engagement kann jeder Stimmen anderer auf sich vereinen. Neben der Möglichkeit den Auftrag eines Delegierten eindeutig zu bestimmen ist eine weitere Besonderheit der Dynamischen Delegation (im Vergleich zu dem traditionellen offline-Verfahren), dass die Übertragung der eigenen Stimme jederzeit zurückgenommen und auf Wunsch neu vergeben werden kann. Auch ist es möglich, in einer einzelnen Sachfrage seinen Delegierten zu überstimmen, d. h. die eigene Stimme wird immer bevorzugt gezählt. Diese Mechanismen tragen einerseits dazu bei einem Missbrauch durch Delegierte vorzubeugen, andererseits ermöglichen sie es, flexibel auf Veränderungen von Umfeldbedingungen zu reagieren“ (ebd.).

Blendet man von dem wesentlichen Element der dynamischen Repräsentation, dem verflüssigten Hin- und Her zwischen direkter und repräsentativer Demokratie auf mehr Kontext auf, dann lassen sich alle im Konzept der Liquid Democracy (LD) gedachten Ideale als Ideale der Verflüssigung und Überschreitung von drei Arten der Begrenztheit der soliden Demokratie (SD) begreifen:

*Zeitliche Entgrenzung:* Statt der in SD nur periodischen Wahlen (z. B. im 4 Jahre Turnus) ermöglicht LD mehr, nämlich die Abstimmung Open-End (d.h. permanent, ohne Ende), Abstimmung mit Deadline (d.h. permanent bis zum Stichtag), Abstimmung mit Quorum (d.h. permanent bis zum Erreichen einer bestimmten Zustimmung) und die klassische Abstimmung (z. B. einmalig alle vier Jahre).

*Inhaltliche Entgrenzung:* Statt der für SD typischen Auswahl nur zwischen wenigen „Komplettpaketen“ (Parteien) können LD-Bürger nach Belieben über einzelne Gesetze selbst abstimmen (das Element direkter Demokratie) und in Bezug auf andere Gesetze (oder Bündel von Gesetzen) ihre Stimme an jemand anderen delegieren (das Element repräsentativer Demokratie). Zum Beispiel gebe ich X meine Stimme für alle Abstimmungen im Bereich Ökologie, Y meine Stimme für alle Abstimmungen im Bereich Steuern und dem Bündnis „Greenpeace“ meine Stimme für alle Abstimmungen, die für das Bündnis-Ziel wichtig sind.

*Partizipatorische Begrenzung:* Statt der für SD typischen Ausarbeitung von Gesetzen nur durch politische Eliten, kann mit LD jeder Aktivbürger auch an jedem Gesetzestext und jedem anderen Format der Politikformulierung mitarbeiten. Diese Mitarbeit ähnelt dem gemeinschaftlichen Schreiben (ähnlich dem Prinzip von Wikipedia), kombiniert mit Stimmengewichtung. Jeder Aktivbürger kann also gute Ideen einbringen und um Stimmen für diese werben.

---

### 3 Das verjüngte Gesicht der Demokratie?

Die Problematik der kommunikativen Rückständigkeit der repräsentativen parlamentarischen Demokratie betrifft vor allem die internetaffinen Jugendlichen. Diese mit dem kommunikationstechnologischen Fortschritt des 21. Jahrhunderts groß geworden: Sie twittern, simsens, whatsappen, facebooken, liken, sharen und vieles mehr. Fast alle haben einen Internetzugang im Haushalt, viele sind über Pad oder Smartphone auch mobil online (Lehmann, Schetsche 2005).

Geht es jedoch um die Politisierung der Jugendlichen, lassen sich zwei Tendenzen erkennen:

Das Vertrauen in die repräsentative Demokratie ist nicht sehr hoch. Die Shell Jugendstudie attestiert den Jugendlichen ein niedriges Vertrauen in die Bundesregierung und die Parteien (Shell 2010). Zudem haben die Parteien ein akutes Nachwuchsproblem, die meisten Mitglieder sind älter als 60 Jahre (Munimus 2012). Auch die Wahlbeteiligung stützt diese These: Liegt die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in der Altersgruppe der 60- bis 70-Jährigen bei 80,00 %, sinkt diese mit niedrigerem Alter: So haben von den 21- bis unter 25-Jährigen bei der

Bundestagswahl 2009 nur 59,1 % ihre Stimme abgegeben. Wer sich über dieses geringe Interesse wundert, verkennt, dass Abgeordnete jenseits der 60 nur geringes Identifikationspotential für Jugendliche bieten und dass die Mechanismen des Bundestags mit Wahlen im vierjährigen Turnus vorgestrig und behäbig wirken relativ zu dem Tempo der digital modernisierten alltagspraktischen Kommunikationsverhältnisse.

Dennoch wäre es falsch, Jugendlichen eine generelle Politikverdrossenheit zu unterstellen: 2009 gingen tausende Jugendliche auf die Straße, um gegen Studiengebühren und die Bologna-Reform zu demonstrieren, in Griechenland und Spanien demonstrieren beinahe täglich Jugendliche gegen die wachsende Jugendarbeitslosigkeit, Shitstorms bei Twitter oder Facebook sind mittlerweile nichts ungewöhnliches und selbst in den Occupybewegungen war das Durchschnittsalter eher niedrig. Dies alles ist nicht in erster Linie ein Indikator für eine Krawallmentalität, sondern zeigt, dass Jugendliche für Bereiche, die sie betreffen, demokratische Teilhabe einfordern – und zwar jenseits der Betriebsroutinen der repräsentativen parlamentarischen Demokratie (Hardt, Negri 2013: 14). Die Shell-Jugendstudie stützt diese These: „Trotz der allgemeinen Politik- und Parteienverdrossenheit sind Jugendliche durchaus bereit, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen, insbesondere dann, wenn ihnen eine Sache persönlich wichtig ist“ (Shell 2010) lautet das Fazit der Studie.

Gerade das Internet bietet hier eine große Chance: 29 % der Jugendlichen wollen im Internet z. B. zu politischen Entscheidungen an ihrem Wohnort mitentscheiden dürfen, 21 % sich über das Internet besser über Politik informieren und mitreden können (BITKOM 2011). Laut einer ZDF-Studie sind zudem 14-19 Jährige die aktivste Usergruppe im Internet, die nicht nur das Internet zur Informationsgewinnung nutzen: 43 % dieser Altersgruppe sind bereit, aktiv Beiträge zu verfassen und ins Internet zu stellen (Busemann, Gscheidle 2011).

Genau dies spiegelt den Grundgedanken der Liquid Democracy wider. Speziell für Jugendliche entwickelte der Liquid Democracy Verein die Partizipationsplattform Ypart ([www.ypart.eu](http://www.ypart.eu)), die Jugendliche einlädt, sich an politischen Prozessen abseits von Wahlen und in Anliegen, die sie betreffen und interessieren, zu beteiligen. Dies wurde in einem erste Pilotprojekt bereits realisiert: Gemeinsam mit der Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik luden der Liquid Democracy e. V. im Rahmen des Projekts „Stadt! Macht! Schule!“ Jugendliche aus Hamburg Altona ein, sich online auf Ypart an einer Gestaltung des Bahnhofsviertels Altona zu beteiligen. Vor der Hintergrund eines großangelegten Umbaus der „Mitte Altona“, sollte gerade die Meinung der Jugendlichen in die Städtebaulichen Planungen einfließen. So ist ein Positionspapier entstanden, welches sich zum Großteil aus den im Internet geäußerten Vorschlägen zusammensetzt. In ihm fordern die Jugendlichen unter

anderem eine Mietpreisdeckelung, autofreie Bereiche sowie einen bestimmten Prozentsatz an städtisch geförderten Mietwohnungen.

Des Weiteren zielte das Projekt auf die Sensibilisierung der Teilnehmer für politische Partizipation. Sie sollten die Entscheidungsstrukturen in komplexen Verfahren kennen und verstehen lernen sowie in die Lage versetzt werden, die eigene Meinung öffentlich zu vertreten und sich in einem konkreten Fall Expertise anzueignen (Bachmann 2013). Eine Evaluation des Projekts bestätigt, dass die onlinegestützte Jugendpartizipation in diesem Falle geglückt ist: Mehr als 50 Vorschläge und 148 Argumente wurden in den Onlinediskurs eingebracht und 78 % der Teilnehmer stellten fest, dass die Onlineplattform eine gute Hilfe ist, um den Überblick über die Themen zu behalten (Bachmann 2013). Zudem fanden 62 % der Jugendlichen, dass die Diskussion auf einer Onlineplattform sinnvoll sei (ebd.). Damit zeigt sich, dass ePartizipation von Jugendlichen der richtige Weg im Rahmen eines durch Liquid Democracy angereicherten demokratischen Meinungsbildung ist und man das politische Potential von Jugendlichen für lokalpolitische, die Jugendlichen betreffenden Belange sinnvoll nutzen kann. Auch die adhocracy-gestützte Onlineplattform Ypart ist dafür die richtige Plattform. Zudem bewährte sich das flüssige Zusammenspiel von traditionellen, direktdemokratischen Mechanismen der Bürgerbeteiligung und einer Onlinebeteiligung.

Trotz dieses ersten Projekts steht die Online-Jugendbeteiligung im Rahmen einer Liquid Democracy noch im Anfangsstadium. Dennoch lassen sich wichtige Erkenntnisse für die Zukunft ableiten. Demokratie ist nicht nur eine Institution, sondern ein gelebter „way of life“ (Dewey 1976: 227). Es ist etwas, was sich nicht nur in Wahlen widerspiegelt, sondern vor allem in freien Zusammenkünften, in denen Menschen über Informationen, die sie freien, unzensurierten Medien entnehmen – für Dewey war dies natürlich noch die Qualitätspresse – und diskutieren (Dewey 1976: 227). Daher ist Jugendpartizipation durch Liquid Democracy immer auch ein Stück Demokratieerziehung zur demokratischen Mündigkeit (Adorno 1970: 133).

An erfolgreichen Jugendpartizipationsprojekten im Rahmen von Liquid Democracy können wir im Umkehrschluss auch Misslingensbedingungen ablesen. Die durch die Netzbasierung hochgetriebene Erwartung echter Beteiligungschancen (Meißel 2010) darf nicht instrumentalisiert werden, sie muss authentisch gedeckt sein. Jürgen Ertelt (2013) formuliert ein Negativbeispiel:

„Der schlechteste Fall: Jugendliche werden zur Dekoration von Ergebnissen, die andere ohne Einbeziehung der Betroffenen beschlossen haben, instrumentalisiert. Man redet miteinander. Kommunikation ist zwar der Beginn des Mitredens aber noch nicht Partizipation.“

An dieser Stelle ist eine Bemerkung zur deutschen *Piratenpartei* unumgänglich. Diese jüngste deutsche Parteigründung (2006) mit den im Durchschnitt jüngsten Mitgliedern gelangte mit der auch sonst von Phänomenen internetgetriebener Euphorie bekannten Blitzartigkeit im Jahr 2012 in vier Länderparlamente (Berlin, NRW, Saarland, Schleswig-Holstein mit jeweils ca. 8 Prozent). Doch schon ein Jahr später bedroht die Furie des Verschwindens die Partei. Die nämlichen Netzwerkeffekte, deren Sogwirkung die Mitgliederzahlen anschwellen ließen, beschleunigen nun anscheinend den Mitgliederschwund. Die Gründe dieser Regression können hier nicht betrachtet werden. Wir möchten nur den einen Punkt hervorheben, dass bei hochfliegenden Erwartungen und Hoffnungen deren Enttäuschung umso tiefer und schmerzvoller ist. Aus überschießender Idealisierung entsteht regelmäßig überschießende Entwertung. Es könnte sein, dass der Niedergang der Piratenpartei gerade unter jungen Mitbürgern für lange Zeit jene Gleichgültigkeit gegen das demokratische Gemeinwesen zementiert, als deren Überwindung sie angetreten war.

---

#### **4 Das unsichere Verhältnis von Liquid Democracy und deliberativer Demokratie**

Für Prozesse der Politikformulierung in der Mediengesellschaft gilt, dass politische Legitimation sich nicht auf Wahlakte beschränkt, sondern permanent laufende und mitlaufende Kommunikationsprozesse quer durch alle Arenen staatsbürgerlicher Öffentlichkeiten benötigt (Kamps 1998). „Die“ politische Öffentlichkeit im Singular lässt sich heute nicht anders denken denn als Geflecht mehr oder weniger miteinander gekoppelter, mehr oder weniger themenzentrierter bzw. -flexibler, mehr oder weniger formalisierter bzw. informeller Teilöffentlichkeiten. Kein Teil repräsentiert das Ganze, jenes Ganze, das „die Politik der Gesellschaft“ wäre. Der theoretische Blick kann diesem diffus-komplexen Gebilde natürlich eine je nach Erkenntnisziel spezifizierte Struktur zuschreiben. Bei den meisten Medientheoretikern, die den Begriff der Öffentlichkeit noch affirmativ verwenden, ist heute aber nur eine sehr schwache Strukturzuschreibung üblich geworden, nämlich die Unterteilung der unzähligen Teilöffentlichkeiten „der“ politischen Öffentlichkeit in Medien-, Begegnungs- und Veranstaltungsöffentlichkeiten (Neidhardt 1994).

Wir meinen: Die von der entfesselten diversifizierenden Kraft netzbasierter Kommunikationspraktiken ins Endlose fortgesetzte Fragmentierung *aller* Arten von Öffentlichkeit sowie der relative Beachtungsverlust *spezifisch der politischen* in Aufmerksamkeitskonkurrenz zu den unzähligen außerpolitischen Öffentlichkeiten – hierin sehen wir ein medienstrukturelles Problem für deliberativ anspruchsvolle



Politik in der Mediendemokratie, das auch die am Ideal der Liquid Democracy orientierten neuen Kommunikationspraktiken nicht werden lösen können.

Wie bereits gesagt, bestehen innere Verbindungen zwischen Hoffnungen, die sich mit der digitaltechnischen Verbesserung politischer Kommunikation unter dem Banner von Liquid Democracy verbinden, und Hoffnungen auf eine rationalere Demokratie unter dem Banner deliberativer Demokratie. Wir meinen: Die Verbindung trägt nicht. Eher ist es so, dass Liquid Democracy gewisse Schwierigkeiten in Konzepten deliberativer Demokratie krass hervortreten lässt, vor allem die Schwierigkeit, die gewünschte Allgemeinverbindlichkeit zu erzeugen.

Machen wir uns die hohen Ansprüche in Konzepten deliberativer Demokratie noch einmal klar. Der Begriff *Deliberation* bezeichnet ein realistisch-situationsbezogenes (nicht theoretisch-allgemeines), handlungs- bzw. entscheidungsorientiertes Nachdenken über normativ qualifizierte (= bessere oder schlechtere, richtige oder falsche, mehr oder weniger wichtige usw.) Handlungsoptionen, die den betreffenden Akteuren offen stehen, weil sie in ihrer Macht liegen. *Demokratische politische Deliberation* meint folglich ein realistisch-situationsbezogenes Nachdenken, das in öffentlichen (d. h. im Prinzip allen Staatsbürgern gleichermaßen offen stehenden) Foren und Formen erfolgt und sich an normativ qualifizierten Handlungsoptionen, die auf der Basis der verfügbaren politischen Macht offen stehen, abarbeitet.

Entsprechend voraussetzungsreich fallen die Vorstellungen über die Staatsbürgerrolle und die Rationalität politisch relevanter Institutionen aus: Wie weit politische Gemeinwesen demokratisch organisiert sind, wird von Vertretern einer deliberativen Demokratiemodellierung daran festgemacht, wie 1. die Ausübung politischer Macht an solche politische Kommunikation angekoppelt ist, der wir die Struktur von Überlegungsprozessen zuschreiben dürfen, und wie 2. die einzelnen Staatsbürger in den Prozessen politischen Überlegens vorkommen, d. h. in welchen zgedachten und wahrgenommenen Rollen.

Für die theoretische Modellierung deliberativer Demokratie ist deshalb der Blick auf *beide* Bedingungsdimensionen notwendig. Denn politisch operative Kommunikation könnte z. B. auch in Befehls- und anderen nichtdeliberativen Formen verlaufen, und Staatsbürger könnten in Prozessen politischen Überlegens z. B. auch als bloße Interessenvertreter vorkommen – im ersten Fall würde es sich bei dem Gemeinwesen nicht um eine Demokratie, im zweiten Fall nicht um eine deliberative Demokratie handeln. Als der gemeinsame Kern von ansonsten inhaltlich divergierenden Konzepten deliberativer Demokratie gilt das *Ideal*, diejenigen Prozesse politischen Überlegens, die in den mehr oder weniger formalisierten und institutionalisierten „repräsentierenden“ Öffentlichkeiten des Regierungssystems stattfinden müssen, für die politischen Überlegungen der Bürger und überhaupt der informellen politischen Öffentlichkeiten (inklusive der schwach organisierten

Gegenöffentlichkeiten z. B. von NROs) so sensibel wie möglich zu machen, ihre Empfänglichkeit für rationale Gesichtspunkte („Gründe-Responsivität“) zu steigern, indessen ohne die bewährte politische Gewaltenteilung und den demokratischen Repräsentationalismus aufzugeben. Der englische Gesellschaftstheoretiker John B. Thompson (1995) bringt die Zumutungen der „deliberativen“ Staatsbürgerrolle auf den folgenden sparsamen Punkt:

„A conception of democracy which treats all individuals as autonomous agents capable of forming reasoned judgements through the assimilation of information and different points of view, and which institutionalizes a variety of mechanisms to incorporate individual judgments into collective decision-making processes.“

Dass die Bürger als autonomie- und urteilsfähige Handelnde gelten, ist demokratietheoretisch gesehen freilich noch nichts Besonderes. Das Besondere einer *deliberativen* Staatsbürgerrolle liegt zum einen in der Zumutung und der unterstellten Fähigkeit, *unterschiedliche Gesichtspunkte* informiert in der eigenen Urteilsbildung zu berücksichtigen, zum anderen in einer *gesteigerten Aufnahmefähigkeit der Institutionen*, in denen sich die politische Willensbildung („collective decision-making“) eines demokratischen Gemeinwesens vollzieht, für die breit gestreute aber im Ganzen vertrauenswürdige politische Urteilskraft seiner Bürger.

Wir meinen: Eine netzbasierte Kommunikationspraxis im Sinne von Liquid Democracy setzt ausgeprägte Fähigkeiten, unterschiedliche Gesichtspunkte informiert in der eigenen Urteilsbildung kontinuierlich zu berücksichtigen und nachvollziehbar weiterzukommunizieren, bereits voraus. Sie bildet diese Fähigkeit aber nicht aus, sondern trägt im Gegenteil eher zu ihrer Erosion bei, wo die Beteiligten diese Fähigkeiten immerhin bereits mitbringen.

Unsere These, das soeben sehr allgemein bezeichnete *Risiko der bloß vermeintlichen Deliberativität* (Pseudo-Deliberativität), können wir mit Erfahrungen stützen, die wir durch ein mehrjähriges, an der Universität Witten/Herdecke von uns durchgeführtes Begleitforschungsprojekt zu einem politischen Diskussionsforum der Aktion Mensch gewonnen haben. Das Diskussionsforum mit dem programmatischen Namen *DieGesellschafter.de* verfolgte das Ziel einer weitestgehend ungegängelten Diskussion der urdemokratischen Frage „in welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ Von den vielen Einsichten, die wir durch Diskursanalysen netzkommunikativer Botschaften-Stränge und Analyse der medienspezifischen Rahmenbedingungen bekräftigen konnten, erscheint uns womöglich die wichtigste die zu sein, netzbasierter freiwillige dialogische Kommunikation durch die spezifische Medienform selbst, also strukturell, unverbindlich ist. Die *These von der strukturellen Unverbindlichkeit netzbasierter freiwilliger dialogischer Kommunikation* ist komparativ gemeint: netzbasierte freiwillige dialogische Kommunikation fällt

Cyber-Sicherheit

Lange, H.-J.; Bötticher, A. (Hrsg.)

2015, VI, 287 S. 22 Abb., 8 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-02797-1